

**Freysinger Oskar** (V, VS), für die Kommission: Die Ständemotions «Förderung von Schweizer Buchautoren» wurde im Zusammenhang mit der parlamentarischen Initiative Maitre 04.430, «Regulierung der Bücherpreise», eingereicht. Die WBK des Nationalrates hat sich am 20. Mai damit beschäftigt und empfiehlt Ihnen mit 16 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen, die Motion anzunehmen.

Folgende Überlegungen haben zu diesem klaren Resultat geführt:

1. Es liegt zwar ein Bericht der Verwaltung mit dem Titel «Buch- und Literaturpolitik: Selektive Hilfe» vor, aber dieser ist noch nicht umfassend genug. Insbesondere der vierte Teil, der konkrete Massnahmen vorschlägt, kommt relativ dünn daher.

2. Vielen Mitgliedern der Kommission scheint die Buchpreisbindung ein zu einseitiges, wenn nicht gar verfehltes Mittel, um die einheimische Literaturproduktion zu fördern. Sie wollen andere, gezieltere Massnahmen, die den Autoren direkt zugutekommen, und sehen in der Buchpreisbindung eine Massnahme, die höchstens den Buchhändlern Geld bringt und zu einseitig im Finanziellen verankert ist.

3. Die Mitglieder der Kommission stellen weiter fest, dass es in der Buchförderung ein Ungleichgewicht gibt, da die Bibliotheken mit 180 Millionen Franken eingedeckt werden, der direkten Förderung der Autoren jedoch nur mickrige 7,7 Millionen zugestanden werden.

4. Gewisse Mitglieder bedauerten, dass im Bereich der Buchförderung zu oft das Giesskannenprinzip gilt, was zur Folge hat, dass die geringen Geldmittel auch noch dermassen verstreut werden, dass sie niemandem wirklich nützen. Eine vorgeschlagene Lösung wäre, den Erfolg zu belohnen, da unter der grossen Anzahl veröffentlichter Bücher – immerhin 60 000 pro Jahr in französischer Sprache – die grosse Mehrheit kaum förderungswürdig ist.

5. Gewisse Kommissionsmitglieder machten darauf aufmerksam, dass es heute leichter ist, Schweizer Bücher in exotische Sprachen zu übersetzen als in eine andere Landessprache.

6. Schliesslich waren sich fast alle Kommissionsmitglieder darin einig, dass eine vielfältige einheimische Literaturproduktion eine kulturelle Bereicherung unseres Landes darstellt und seine Ausstrahlung nach aussen verstärkt. Falls politisch nichts unternommen wird, um diese Vielfalt am Leben zu erhalten, werden den Schweizern bald nur mehr angelsächsische Bestseller angeboten werden, was intellektuell und kulturell eine Verarmung insbesondere der jungen Menschen darstellt. Identität ist vor allem ein kultureller Faktor, sehr oft ein literarischer. Denken wir nur an die entscheidende Rolle, die Friedrich Schillers «Wilhelm Tell» in der Ausformung unserer Schweizer Identität gespielt hat. Erst die literarische Verarbeitung des Tell-Mythos hat die nationale Kohäsion und das Gemeinschaftsgefühl herbeigeführt, die zur Bildung der modernen Schweiz entschieden beigetragen haben.

Ich wiederhole hier im Namen der Kommission: Die Ständemotions «Förderung von Schweizer Buchautoren» hat zum Ziel, über die bisher vorgenommene Bestandesaufnahme hinaus Wege und Mittel aufzuzeigen, die es den sprachlich Begabtesten und literarisch Kreativsten unter uns erlauben, kein Mauerblümchendasein mehr zu führen. Falls Manuskripte aufgrund fehlender Strukturen, fehlender Risikobereitschaft von Verlegern oder des Verschwindens der kleinen und mittleren Buchläden in Schubladen vergammeln, dann werden die Kellers, Gotthelfs, Ramuz, Frischs und Dürrenmatts, auf die wir doch so stolz sind, wohl kaum Nachfolger finden. Unsere einheimische Literaturproduktion wird verkümmern und mit ihr unsere kulturelle Identität.

Um dies zu verhindern, schlägt Ihnen Ihre WBK ohne Gegenstimme und mit nur 3 Enthaltungen vor, die Motion «Förderung von Schweizer Buchautoren» zu unterstützen.

**Burkhalter Didier**, conseiller fédéral: Sur l'analyse, nous sommes d'accord avec la commission, en particulier avec le rapporteur et auteur qui vient de s'exprimer. Nous sommes d'accord avec la situation actuelle, les changements tels

qu'ils ont été évoqués dans le domaine du livre, avec les mesures existantes. Nous n'y reviendrons pas.

Au nom du Conseil fédéral, nous souhaitons juste compléter ce qui vient d'être dit concernant les mesures. Nous proposerons des mesures concrètes dans le cadre du message relatif au financement lié à la loi sur l'encouragement de la culture. Ce message – vous le savez peut-être, puisqu'on en a parlé tout à l'heure déjà, lors du débat sur l'initiative populaire «Jeunesse et musique» –, est actuellement soumis à une audition. Dans le cadre de ce message, un certain nombre d'axes concerneront le livre en particulier.

Vous savez qu'un des articles de la loi sur l'encouragement de la culture concerne les prix et les distinctions et qu'un autre concerne précisément la promotion du livre. Sur la base de ces deux articles, nous ferons des propositions. Des axes seront développés, en particulier, d'un côté, l'amélioration des conditions générales de l'aide sélective, en collaboration avec ce que font les villes et les cantons en la matière et, de l'autre, la réflexion sur de nouvelles possibilités d'encouragement. L'idée va en direction d'une aide automatique, sur le modèle de ce qui existe déjà dans le domaine du cinéma. Ce système permettrait de récompenser les auteurs suisses et les éditeurs d'oeuvres littéraires suisses qui ont un succès auprès du public. Il viserait à augmenter la part de marché de la littérature suisse, donc à atteindre une sorte de succès pour la littérature, qui est à l'heure actuelle sous forme d'idée. Nous allons donc examiner cette idée et en discuter avec le Parlement, dans le cadre de ce message sur la culture.

C'est dans cet esprit que nous vous proposons également d'accepter cette motion.

*Angenommen – Adopté*

09.532

**Parlamentarische Initiative  
Moser Tiana Angelina.  
Nationalrat.**

**Mutterschaftsurlaub  
soll als entschuldigt gelten**

**Initiative parlementaire  
Moser Tiana Angelina.  
Conseil national.  
Congé-maternité.  
Motif d'excuse**

Einreichungsdatum 11.12.09

Date de dépôt 11.12.09

Bericht SPK-NR 19.08.10 (BBI 2010 5997)

Rapport CIP-CN 19.08.10 (FF 2010 5451)

Stellungnahme des Bundesrates 17.09.10 (BBI 2010 6007)

Avis du Conseil fédéral 17.09.10 (FF 2010 5461)

Nationalrat/Conseil national 28.09.10

Nationalrat/Conseil national 01.10.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (AS 2010 4543)

Texte de l'acte législatif (RO 2010 4543)

**Müller Philipp** (RL, AG), für die Kommission: Am 11. Dezember 2009 hat Nationalrätin Moser eine parlamentarische Initiative eingereicht, mit welcher sie eine Anpassung des Geschäftsreglementes des Nationalrates verlangt. Das Geschäftsreglement soll dahingehend ergänzt werden, dass eine Parlamentarierin im Mutterschaftsurlaub im Protokoll als entschuldigt vermerkt wird. Bei der Veröffentlichung der Abstimmungsdaten soll ersichtlich sein, ob eine Parlamentarierin aufgrund eines Mutterschaftsurlaubs abwesend und somit entschuldigt war.

Die Staatspolitische Kommission hat an ihrer Sitzung vom 15. April 2010 der Initiative einstimmig Folge gegeben; sie

war aber der Ansicht, dass das gesamte Absenzenwesen überprüft werden sollte. Dabei soll insbesondere im Hinblick auf die Führung der Namenslisten bei Abstimmungen geprüft werden, aufgrund welcher Gründe ein Ratsmitglied als entschuldigt aufgeführt werden kann. Am 19. August 2010 hat die Kommission den vorliegenden Erlassentwurf zuhanden des Rates verabschiedet.

Gemäss heutigem Recht und heutiger Praxis werden die Ergebnisse der Abstimmungen in Form von Namenslisten veröffentlicht. Auf diesen Listen wird für jedes Ratsmitglied angegeben, ob es Ja oder Nein stimmte, sich der Stimme enthielt oder an der Abstimmung nicht teilnahm. Eine weitere Rubrik umfasst die entschuldigten Ratsmitglieder. Bei den entschuldigten Ratsmitgliedern werden aber nur jene Absenzen aufgeführt, die im Auftrag einer parlamentarischen Delegation unterwegs gewesen sind. Diese Namenslisten werden publiziert. Dadurch wird auch ersichtlich, wenn ein Ratsmitglied häufig unter der Rubrik «Hat nicht teilgenommen» aufgeführt wird. Heute sind dort auch Ratsmitglieder aufgeführt, die z. B. aufgrund von Mutterschaft über längere Zeit den Sitzungen fernbleiben. Gegenüber der Öffentlichkeit kann diese Darstellung den Eindruck erwecken, dass ein Ratsmitglied seine Präsenzpflicht nicht ernst nehme. Zu bemerken ist in diesem Zusammenhang, dass die Ratsmitglieder Anspruch auf Ersatz des durch Unfall, Krankheit oder Mutterschaft entgangenen Taggeldes haben. Bei der Analyse des geltenden Rechts und der geltenden Praxis zeigt sich, dass zwischen dem Vermerk im Protokoll oder in den Namenslisten und dem Erhalt von Taggeldersatz unterschieden werden muss. Relevant für das von der Initiantin aufgeworfene Problem sind nur die Namenslisten, also Artikel 57 des Geschäftsreglementes des Nationalrates. Dort muss definiert werden, wer auf den Namenslisten als entschuldigt geführt wird.

Die Kommission ist daher zur Überzeugung gelangt, dass die Problematik der Absenzen und der diesbezüglichen Publikation vertieft geprüft und neu geregelt werden muss, und zwar über den von der Initiantin genannten Aspekt der Mutterschaft hinaus. An ihrer Sitzung vom 19. August 2010 hat sich Ihre Kommission denn auch mit drei Vorschlägen der Verwaltung befasst: Variante 1 enthält eine abschliessende Aufzählung und umfasst als Entschuldigungsgrund lediglich die parlamentarische Delegation und die Mutterschaft. Variante 2 enthält eine abschliessende Aufzählung, die zusätzlich zu Variante 1 noch Krankheit und Unfall auführt. Variante 3 beinhaltet keine definierten Entschuldigungsgründe; es wird lediglich festgehalten, dass als entschuldigt gilt, wer sich rechtzeitig vor der Sitzung beim Ratssekretariat entschuldigt hat.

Variante 1 hat in der Kommission keine Anhängerschaft gefunden. Eine Minderheit hat sich für Variante 2 ausgesprochen. Dabei wurde ausgeführt, dass es ja ursprünglich einzig um den zusätzlichen Entschuldigungsgrund der Mutterschaft ging, wobei nun mit Variante 2 auch Krankheit und Unfall aufgenommen werden sollen. Die Minderheit hat sich denn auch für eine abschliessende Aufzählung dieser Sachverhalte ausgesprochen. Es wurde auch argumentiert, dass die Entschuldigungsgründe konkret und eng gefasst werden sollten, um die Präsenz der Ratsmitglieder im Parlament möglichst zu fördern.

Die Kommissionsmehrheit hat sich hingegen für Variante 3 entschieden. Hauptargument der Kommissionsmehrheit war, dass es kaum möglich ist, abschliessend aufzuzählen, aus welchen Gründen man sich entschuldigen kann und welche Gründe auch wirklich ehrenhaft und moralisch-ethisch als Entschuldigungsgrund zulässig sind. Als Beispiel wurde genannt, dass immer unerwartete Ereignisse innerhalb der Familie eintreten können, die eine Präsenz verunmöglichen. Die Kommissionsmehrheit geht auch davon aus, dass die Ratsmitglieder über genügend Eigenverantwortung verfügen, um sich nur dann zu entschuldigen, wenn auch wirklich ein legitimer Grund vorliegt. Weiter befürchtet die Kommissionsmehrheit, dass eine abschliessende Auflistung der Entschuldigungsgründe problemlos umgangen werden kann. Wer nicht kommen will, wird auch mit Variante 2 einen

Grund dafür finden. Die Kommissionsmehrheit befürchtet auch, dass mit einem kleinlichen Modell zu viel Bürokratie entstehen könnte.

In der Kommission haben sich 10 Mitglieder für Variante 2 ausgesprochen; Variante 3 konnte 14 Stimmen auf sich vereinigen. Die Kommissionsmehrheit bittet Sie also, Variante 3 zuzustimmen.

**Roth-Bernasconi** Maria (S, GE), pour la commission: A l'heure actuelle, notre conseil n'accorde aucune excuse aux mères absentes! En effet, aujourd'hui, les conseillères nationales qui deviennent mères touchent l'indemnité journalière durant leur congé-maternité. La légitimité de leur absence n'est en revanche reconnue ni au procès-verbal, ni sur les listes nominatives de vote. Les jeunes mères apparaissent en effet au premier comme étant non excusées, et sur les secondes, comme n'ayant pas voté.

La raison de ce paradoxe tient à ce que, conformément à l'article 36 du règlement du Conseil national, une absence n'est excusée que si le député manque à l'appel «en raison d'un mandat qui lui a été confié par une délégation permanente». Les effets de ce paradoxe sont toutefois fâcheux. En effet, les multiples «ratings» et «rankings» des parlementaires ont beau être peu transparents, il y a de bonnes raisons de penser qu'ils se fondent, entre autres, sur des documents publics tels que les listes nominatives de vote. Et ces classements incessants ont beau être d'une utilité discutable, ils n'en sont pas moins repris par de nombreux médias. Avec le risque, donc, que celles qui s'élèvent au grade de mère rétrogradent au hit-parade, et perdent injustement une part de crédibilité dans l'opinion publique.

Lors de l'examen préalable, la commission a reconnu le caractère absurde de la situation actuelle, qui permet, à l'inverse, à des députés absents pour des raisons fort mystérieuses de courir dans la salle au moment du vote et d'être enregistrés «présents»! Pour les membres de la commission, cette absurdité ne concerne pas que les députées en congé-maternité, mais tout membre et toute membre de ce conseil qui doit s'absenter pour des motifs parfaitement légitimes. Parmi ces motifs, certains, comme la maladie et l'accident, donnent droit à une compensation pour perte des indemnités. D'autres, comme des raisons familiales majeures, n'y donnent pas droit, mais n'en demeurent pas moins totalement légitimes.

La commission s'est donc prononcée à l'unanimité en faveur de l'initiative. Etant donné que cette question touche seulement le Conseil national, elle s'est tout de suite attelée à rédiger un avant-projet. Elle a ensuite examiné plusieurs variantes, et d'emblée redit sa volonté d'élargir le mandat initié par Madame Moser, tout en le rétrécissant à la seule question des listes nominatives de vote, qui elles seules sont publiées.

Après discussion, la majorité a renoncé à énumérer dans le règlement des motifs d'excuse valables. Il nous a en effet paru difficile de prévoir de manière exhaustive tous les cas de figure expliquant une absence légitime. Il nous a également semblé peu praticable – peu souhaitable, aussi – que les Services du Parlement se mettent à «fliquer» les parlementaires pour vérifier le bien-fondé de leurs excuses, sachant que l'abus reste possible, quelle que soit l'option retenue.

A l'inverse, nous sommes partis du principe que nous sommes, vous et moi, des adultes responsables pleinement conscients de leur devoir – stipulé à l'article 10 de la loi sur le Parlement – de «participer aux séances du conseil et des commissions dont ils sont membres», ainsi que du fait qu'ils sont toutes et tous investis de la mission de représenter celles et ceux qui les ont élus. Sans compter que tout abus répété ne manquera de toute façon pas d'être repéré par les chasseurs de scandales et autres traqueurs de scoops.

La solution retenue consiste donc à modifier l'article 57 alinéa 4 du règlement du Conseil national, en précisant que tout député ou toute députée qui aura annoncé son absence pour l'ensemble de la séance, et au plus tard avant le début de celle-ci, figurera comme excusé sur la liste nominative.

En résumé, la commission s'est prononcée, par 14 voix contre 10, pour cette version plus simple et plus souple et elle vous propose de l'accepter.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen  
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

**Geschäftsreglement des Nationalrates (Entschuldigungen auf Namenslisten bei Abstimmungen)  
Règlement du Conseil national (Députés excusés sur les listes nominatives présentant le résultat des votes)**

*Detailberatung – Discussion par article*

**Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung**  
*Antrag der Kommission: BBI*

**Titre et préambule, ch. I introduction**  
*Proposition de la commission: FF*

*Angenommen – Adopté*

**Art. 57 Abs. 4**  
*Antrag der Kommission: BBI*

**Art. 57 al. 4**  
*Proposition de la commission: FF*

**Schmidt Roberto** (CEg, VS): Sie haben es gehört: Bisher galt bei der Abstimmung hier im Saal nur als entschuldigt, wer im Auftrag einer ständigen parlamentarischen Delegation abwesend war. Frau Moser möchte, dass auch Mutterschaft als Entschuldigungsgrund gilt. Das findet unsere Minderheit durchaus in Ordnung, dieses Anliegen ist gerechtfertigt.

Was aber jetzt die Staatspolitische Kommission des Nationalrates aus dieser parlamentarischen Initiative gemacht hat, geht uns eindeutig zu weit. Wenn wir der Mehrheit zustimmen, kann in Zukunft jedes Mitglied des Nationalrates grundlos – ich betone: grundlos – der Sitzung und einer Abstimmung fernbleiben und als entschuldigt gelten, wenn es sich nur rechtzeitig beim Büro abmeldet. Das kann es doch nicht sein! Welcher Arbeiter und welche Angestellte kann sich einfach von der Arbeit abmelden, ohne einen Grund anzugeben? Wie wollen Sie dem Volk, das uns gewählt hat, um hier zu arbeiten, erklären, dass wir einfach grundlos nicht anwesend sein können oder zumindest keinen Grund angeben müssen, wenn wir nicht anwesend sind? Sie alle hatten schon Besuch auf der Tribüne, und immer wieder sind die Besucher geradezu empört über unser Arbeitsverhalten hier im Plenum – auch jetzt gerade wieder. Ich glaube, wir sollten den Bogen nicht überspannen. Darum beantragt Ihnen eine starke Minderheit, die Entschuldigungsgründe abschliessend aufzuzählen: Mutterschaft, Krankheit, Unfall und eben Auftrag einer parlamentarischen Delegation. Ich bitte Sie, der Minderheit zu folgen. Das sind auch die Gründe, warum wir Anspruch auf ein Taggeld haben. Und wenn wir keinen Anspruch auf ein Taggeld haben, sollten wir auch nicht entschuldigt fernbleiben können. Räumen Sie sich selbst nicht mehr Rechte ein, als Sie jedem ehrbaren Arbeiter in der Privatwirtschaft zugestehen!

*Abstimmung – Vote*  
*(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 09.532/4551)*  
Für den Antrag der Minderheit ... 92 Stimmen  
Für den Antrag der Mehrheit ... 57 Stimmen

**Ziff. II**  
*Antrag der Kommission: BBI*

**Ch. II**  
*Proposition de la commission: FF*

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*  
*(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 09.532/4552)*  
Für Annahme des Entwurfes ... 116 Stimmen  
Dagegen ... 45 Stimmen

09.429

**Parlamentarische Initiative  
Rutschmann Hans.  
Aufhebung der Kommission  
für öffentliche Bauten  
Initiative parlementaire  
Rutschmann Hans.  
Suppression de la Commission  
des constructions publiques**

*Einreichungsdatum 30.04.09*  
*Date de dépôt 30.04.09*

*Bericht Büro-NR 05.02.10*  
*Rapport Bureau-CN 05.02.10*

Nationalrat/Conseil national 09.03.10 (Vorprüfung – Examen préalable)

Bericht Büro-NR 26.08.10 (BBI 2010 5977)

Rapport Bureau-CN 26.08.10 (FF 2010 5431)

Stellungnahme des Bundesrates 17.09.10 (BBI 2010 5983)

Avis du Conseil fédéral 17.09.10 (FF 2010 5437)

Nationalrat/Conseil national 28.09.10

Nationalrat/Conseil national 01.10.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (AS 2010 4543)

Texte de l'acte législatif (RO 2010 4543)

**Parmelin Guy** (V, VD), pour la commission: Avec ce projet d'acte, nous arrivons à l'ultime étape de ce dossier. Souvenez-vous: le 1er avril 2008, le Conseil des Etats supprimait sa propre Commission des constructions publiques et transmettait les affaires que cette dernière traitait jusqu'alors à la Commission des finances. Dans notre conseil, la discussion sur le même sujet a eu lieu d'abord au sein même de la Commission des constructions publiques, puis Monsieur Rutschmann a déposé une initiative parlementaire sur le sujet.

La majorité du Bureau avait recommandé au conseil de ne pas donner suite à cette initiative parlementaire, mais notre conseil, lors de la session de printemps passée, a, par 105 voix contre 67, suivi à une large majorité la minorité du Bureau qui, elle, recommandait la suppression de la Commission des constructions publiques.

Par cette décision claire, notre conseil demandait au Bureau de présenter un projet de modification du règlement du Conseil national qui consacre cette disparition et confie toutes les affaires traitées par la Commission des constructions publiques à la Commission des finances. C'est le projet que vous avez devant vous et qui, si vous l'acceptez, entrera en vigueur au début de la prochaine législature.

Le Bureau est entré en matière sans opposition; les articles n'ont fait l'objet d'aucune discussion et le vote sur l'ensemble a donné le résultat suivant: 11 voix contre 0 et 2 abstentions. Nous vous demandons donc de soutenir ce projet.

**Häberli-Koller Brigitte** (CEg, TG), für die Kommission: Nationalrat Hans Rutschmann reichte im November 2008 in der Kommission für öffentliche Bauten einen Antrag ein, welcher eine Kommissionsinitiative zur Auflösung der KÖB-NR verlangte. Er wollte damit dem Ständerat folgen, welcher seine KÖB bereits am 20. März 2008 mit 39 zu 1 Stimmen abgeschafft und die entsprechenden Geschäfte seiner Finanzkommission zugewiesen hat. Die KÖB des Nationalrates beschloss am 20. April 2009 mit 6 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung, dem Antrag keine Folge zu geben. Am 30. April 2009 reichte Herr Rutschmann eine parlamentarische Initiative ein, welche die Auflösung der KÖB-NR verlangte. Im Rahmen der Vorprüfung hörte das Büro des Natio-